

Buchempfehlung:

Rudolf Leiprecht, Anne Kerber (Hrsg.), Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch, Wochenschau Verlag 2005, 480 Seiten, 34,80 Euro

Wie: 480 Seiten lesen? Welcher Lehrer hat denn dafür Zeit, wo ihm doch das tägliche Unterrichts- und Korrekturgeschäft bis zum Halse steht?

Warum es trotzdem sinnvoll ist, sich für dieses Buch Zeit zu nehmen, erhellt das Editorial der Herausgeber, das die Bundesrepublik Deutschland als eine „pluriforme Einwanderungsgesellschaft“ charakterisiert, der gegenüber das deutsche Bildungssystem in so „erhebliche(r) Schiefelage“ steht (9), dass jeder Lehrer Probleme damit haben muß, diese in seiner Praxis auszugleichen. Genau dazu bietet dieses Buch wertvolle Hinweise.

Angesichts der gesellschaftlichen Notwendigkeit zur Neuorientierung des deutschen Bildungswesens insgesamt und des herausragenden politischen Stellenwerts der Integration von Migranten in die Gesellschaft ist ein orientierendes Kompendium zum Problem Migration und Bildung für Lehrer längst überfällig. Das Buch des Wochenschau Verlags füllt diese Lücke. Nun ist zwar der Erwerb grundlegender zeitgemäßer Einsichten in ein so umfangreiches gesellschaftspolitisches Problem – das zudem emotional hoch besetzt ist – nicht mit der Lektüre eines einzigen Aufsatzes zu erreichen. Trotzdem müssen sich 480 Seiten legitimieren, wollen sie nicht nur von spezialisierten Fachwissenschaftlern zur Kenntnis genommen werden, sondern auch die pädagogische Praxis erreichen. Tatsächlich entspricht der Band sowohl den Anforderungen eines Handbuchs als auch Anforderungen der Praxis. Die Beiträge reichen von einer Übersicht über die historische Entwicklung und die aktuelle Bestandsaufnahme des Problems, über die Aufdeckung der wirkenden Mechanismen und die Analyse ihrer Ursachen bis hin zu plausiblen Visionen und Forderungen an die Umstrukturierung des Bildungssystems sowie konkreten Beispielen der Veränderung pädagogischer Praxis. Sachliche Basisinformationen zur Situation der Eingewanderten – beispielsweise über die Unterschiede ihrer rechtlichen Stellung – runden den Band ab.

Der neue Bundestagspräsident Norbert Lammert stellt in einem aktuellen Interview in der ZEIT die überaus wichtige Frage: „Wie stellen wir uns Deutschland in der gründlich veränderten Welt vor, in der wir uns längst befinden?“ Seine Antwort besteht darin, die „Leitkultur“-Debatte wieder aufzuwärmen (vgl. <http://www.zeit.de/2005/43/InterviewLammert?page=3>). Das Buch „Schule in der Einwanderungsgesellschaft“ hat im Gegensatz dazu die angemessene Antwort auf diese Frage zu bieten:

In ihrer Bestandsaufnahme des Problems Integration konstatieren die Autoren, daß die Bundesrepublik Deutschland seit Jahrzehnten de facto ein Einwanderungsland ist. Ebenso lange währt – anders als in anderen Einwanderungsländern – die politische Verleugnung dieser Tatsache. Sowohl die allgemeine „Ausländerpolitik“ als auch – ihr nachfolgend - die Bildungspolitik verschloß in Deutschland die Augen vor der Tatsache der Immigration mit den bekannten extremen Folgen versäumter Integration. Verschärfend machte sich das gegliederte Schulwesen als Exklusionsfaktor geltend. So dürfte es eigentlich niemanden verwundern, was verschiedene Studien zutage gefördert haben: „Wenn Schüler/innen mit Migrationshintergrund es bis zur Hochschulreife schaffen, dann (...) gelingt dies in aller Regel nicht wegen, sondern trotz der Schule“ (9). Und so lautet zusammengefaßt das überzeugende Credo der Autoren: Es ist dringend nötig, Abschied zu nehmen von der Vorstellung, gelingende Bildungsprozesse seien abhängig von einer möglichst hohen Homogenität der lernenden Gruppen. Kulturelle, sprachliche und soziale Heterogenität ist keineswegs eine Behinderung von schulischem Lernen und deshalb zu eliminieren, sondern muß vielmehr als gesellschaftliche Realität endlich ihre adäquate Repräsentanz in der Schule erhalten und geradezu zur fundamentalen Bedingung gemeinsamen Lernens gemacht werden.

Aber nicht nur die verschiedenen Gruppen von Eingewanderten und deren Kindern und Enkeln sind – auf jeweils unterschiedliche Weise - von den Folgen derselben anachronistischen Bildungsstrukturen betroffen, sondern auch die „bildungsfernen“ Deutschen (und nicht nur die!) werden im bestehenden Bildungssystem nicht der „gründlich veränderten Welt“ angemessen gebildet, wie die Ergebnisse aller empirischen Studien zeigen. So ist die multiperspektivische und multilinguale Schule nicht nur ein Erfordernis für die Migranten, sondern für alle. Dies machen verschiedene Beiträge des Buches sehr überzeugend deutlich. Deshalb ist die Lektüre nicht nur für Lehrer in Schulen mit hohem Migrantenanteil, sondern für alle Lehrer sinnvoll - ja geradezu notwendig.

Die 24 Autoren sind Sprach- und Kulturwissenschaftler, Psychologen, Soziologen, Erziehungswissenschaftler und (ehemalige) Lehrer, allesamt ausgewiesene Experten auf den Gebieten Migration und interkulturelle Erziehung. Einige von ihnen sind Mitglieder des Interdisziplinären Zentrums für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM) an der Universität Oldenburg.

Die 23 Aufsätze sind in fünf Bereichen zusammengefaßt:

- I Herausforderungen für die Schule,*
- II Pädagogik der Vielfalt,*
- III Fachspezifisches und fachübergreifendes Lehren und Lernen in Schule und Unterricht,*
- IV Pädagogische Professionalität in der pluriformen Einwanderungsgesellschaft,*
- V Herausforderungen für Eingewanderte und Angehörige der Mehrheitsgesellschaft.*

Da es nicht möglich ist, auf alle Beiträge im einzelnen einzugehen, seien hier nur zwei von ihnen herausgegriffen. Wichtig erscheint dabei vor allem, wie die Autoren mit folgendem Problem umgehen: Wenn – wie alle unter verschiedenen Aspekten überzeugend darlegen – das Bildungsproblem ein strukturelles und kein bloß individuelles Problem ist, wie können dann Lehrer vor Ort die Fahrtrichtung des Tankers ändern, wo doch alle strukturellen Voraussetzungen auf der Herstellung von Homogenität basieren? Sind sie denn nicht dazu verurteilt, in diesen Strukturen so weiterzumachen wie bisher, solange diese sich nicht durch veränderte Bildungspolitik gewandelt haben?

Mechthild Gomolla untersucht die schulische Diskriminierung von Migranten. Während der Vorurteilsansatz Diskriminierung nur als ein Ressentiment in der Einstellung von Individuen verortet, hält die Autorin sie für institutionell verankert, und zwar in der Form sowohl „hochformalisierter, gesetzlich-administrativer Regelungen, als auch informeller Praktiken, die in der Organisationskultur als Routine abgesichert sind“ (98). Als Beispiel einer solchen direkten institutionellen Diskriminierung, die zum Beginn einer negativen Bildungskarriere wird, führt sie unter anderem die geläufige Praxis der Zurückstellung von Einwandererkindern bei der Einschulung wegen mangelnder Deutschkenntnisse an, hinter denen häufig auch noch andere Defizite vermutet werden, die das Kind fälschlich als noch nicht schulfähig erscheinen lassen. Diese diskriminierenden Routinen würden gestützt durch einen „pädagogischen *Common Sense*, der stark von defizitorientierten Annahmen und statischen Konzepten kultureller Identität bestimmt ist“ (104).

Erforderlich sei daher ein Perspektivenwechsel von der geläufigen Minderheitenpädagogik aus der defizitorientierten Sicht der Mehrheitsgesellschaft zu einer interkulturell orientierten Schule. Die Pädagogen dürften dabei nicht auf administrative Strukturveränderung warten, vielmehr könnten sie sich gezielt einstellen auf die veränderten Bildungsvoraussetzungen und –anforderungen durch gesteigerte „Problemlöse- und Lernfähigkeit der Organisationen“ (105). Gomolla verkennt dabei jedoch keineswegs die Fallen der Schulautonomie-Politik. Sie erwartet negative Auswirkungen von Schulautonomie dann, wenn diese sich mit einer „Durchmarktung des Schulwesens“ verbindet. So haben sich in den angelsächsischen Ländern, in denen Autonomie mit freier Schulwahl gekoppelt wurde, die Benachteiligungen für „Schüler/innen mit Migrationshintergrund und aus unteren Sozialschichten“ markant verschärft – so faßt Gomolla entsprechende Studien zusammen (vgl. 97). Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung müßten daher „explizit in laufenden Reformvorhaben im Bildungssystem verankert und zum relevanten Prüfkriterium für die Qualität anderer Reformelemente werden, wie etwa die Autonomisierung der Schulen“ (105).

Über ein interessantes Beispiel der Nutzung von Schulautonomie für die Entwicklung zu einer interkulturell orientierten Schule berichtet *Claudia Schanz* in ihrem Beitrag *Visionen brauchen Wege – Die interkulturelle Öffnung der Schule*. In der *Albani-Schule Göttingen* ist der traditionell bestehende „monokulturelle Habitus einer multikulturellen Schule“ (110) aufgegeben worden zugunsten einer Schulphilosophie, „in der der Umgang mit Verschiedenheit in jeder Hinsicht ‚normal‘ ist – nicht nur entlang ethnischer Linien“ (111). Die kleine Grundschule hat erfolgreich Fächer- und Jahrgangsgrenzen überwunden und die Kommunikationskompetenz und Gestaltungsaktivität der ganzen Schulgemeinde entwickelt (vor allem auch die der Migranteltern). Sie betreibt eine *interkulturelle* Werkstatt, pflegt Kontakte und Partnerschaften mit vielen europäischen und außereuropäischen Ländern und hat dafür eine *internationale Schreibwerkstatt* eingerichtet, in der die Kinder selbst weltweit übers Internet kommunizieren und über die sie „sich Informationen aus dem Internet (...) beschaffen und Unterrichtsergebnisse öffentlich (...) präsentieren“ (120). Die Schule kooperiert außerdem mit verschiedenen regionalen und EU-weiten Innovations-Initiativen und Projekten.

Die für Grundschulen noch recht ungewöhnliche selbstverständliche Einbeziehung von Computer und Internet in Unterricht und Schulleben ist folgerichtiger Bestandteil dieser gelungenen Entwicklung, die keineswegs abgeschlossen ist, obwohl sie bereits 2001 durch das *Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)* mit sehr guten Ergebnissen evaluiert wurde. Denn die Beherrschung der Neuen Medien, die Computer Literacy, gehört grundlegend zu einer Bildung in der globalisierten und durch eben diese Neue Medien völlig veränderten und sich immer schneller weiter verändernden Welt.

Verblüffend ist der Beginn dieser Entwicklung einer bis dahin ganz normalen Schule, über den Schanz folgendermaßen berichtet:

„Ein pädagogischer Schwerpunkt sollte entwickelt werden. Darin bestand Einigkeit im Kollegium. In einem längeren Diskussionsprozess entschied sich das Kollegium im Herbst 1996 für den Schwerpunkt ‚interkulturelles Lernen‘, damals noch verstanden als eine ‚ausländerpädagogische Orientierung (...). Hier hatte man Erfahrung und erhoffte sich schnelle Erfolge ohne allzu große Veränderungen“ (114). Den faszinierenden Prozeß, der im Folgenden ausgelöst wurde durch „eine Phase der Hinterfragung der bisherigen Praxis“ und schließlich zu einer völlig veränderten Schule führte, seine bestimmenden Entwicklungsfaktoren sowie die verallgemeinerbaren Elemente für den Modellcharakter beschreibt Schanz in ihrem Beitrag. Man darf gespannt sein auf ihre angekündigte Dissertation über diese Schule.

Um den Band auch wirklich als Handbuch nutzen zu können, wäre allerdings ein Glossar oder ein Register hilfreich; auch fehlen *Summaries* der einzelnen Aufsätze, denn nicht jeder kann alle Beiträge gleichermaßen wichtig finden, und die Titel der Aufsätze erhellen nicht, was an wertvollen Informationen darin zu finden ist.

Sehr zu empfehlen ist dieses Buch zum Einsatz in der Lehrerbildung und institutionellen Fortbildung. Ebenso taugt es jedoch für die Selbstfortbildung von Lehrern, die den Rest ihrer Berufsjahre nicht resignativ und dem Zynismus verfallend in einer immer unbefriedigender werdenden Praxis verbringen möchten. Denn – so die Lehre aus dem *Best-Practice*-Beispiel Albanischule: Am Anfang der (interkulturellen) Entwicklung einer Schule steht „die Initialphase, in der eine Person oder eine Gruppe das Kollegium von den Chancen eines Aufbruchs überzeugen kann“ (123).